

Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: MV 18/3480

Fachbereich	Datum
Fachbereich 2 - Finanzen	30.08.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	06.09.2018	Ö
Stadtrat	13.09.2018	Ö

Kommunaler Finanzausgleich hier: Forderung der kommunalen Spitzenverbände in Rheinland- Pfalz

Sachverhalt:

In seiner kommenden Plenarsitzung am 19./20. September wird sich der Landtag Rheinland-Pfalz voraussichtlich mit dem kommunalen Finanzausgleich (Landesfinanzausgleichsgesetz, kurz LFAG) befassen.

Seit Jahren bestimmen die Sorgen über die größer werdende Finanznot der Städte und Gemeinden die Schlagzeilen in den regionalen Tageszeitungen in vielen Bundesländern. Seit Jahren sind auch in Rheinland-Pfalz die Kommunen chronisch unterfinanziert. Selbst die hohen Steuereinnahmen der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart haben nicht dazu geführt, dass sich die seit Jahrzehnten anhaltende, beispiellose Finanzmisere vieler Kommunen in Rheinland-Pfalz verbessert hat.

Das wird auch am Beispiel der Stadt Lahnstein deutlich. Trotz derzeit guter Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen sowie des niedrigen Zinsniveaus weist der Haushaltsplan jährlich eine Unterdeckung von 3 bis 3,5 Mio. Euro aus und das obwohl die Stadt in den letzten Jahren ihre Realsteuerhebesätze der Grund- und Gewerbesteuer angehoben hat und sämtliche Aufwendungen einer permanenten Ausgabenkritik unterzieht.

Die angespannte Haushaltslage führt auch dazu, dass notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gebäuden nicht oder nur stark eingeschränkt durchgeführt werden.

Zwar ist es in den letzten drei Jahren in Lahnstein gelungen, den Anstieg der Verschuldung abzubremesen, das heißt aber nicht, dass die die Finanzsituation der Stadt hierdurch verbessert hätte. Eine Erhöhung des Zinsniveaus um 1 % würde die Stadt Lahnstein jährlich mit rd. 420.000,00 Euro belasten und zu einer weiteren erheblichen Verschärfung unserer ohnehin schon schwierigen Finanzsituation beitragen. Der Schuldenstand der Stadt Lahnstein zum 31.12.2017 betrug für Investitionskredite 15.271.102,09 € und für Liquiditätskredite 22.000.000,00 €, letztere tun den Kommunen besonders weh, weil dem keine Vermögenswerte entgegenstehen.

Hinzu kommen Investitionskredite der Wirtschaftsbetriebe Lahnstein in Höhe von 5.654.352,44 €

Die Aufwendungen für die soziale Sicherung sind in Lahnstein seit dem Jahr 2012 um 2 Mio. Euro auf mittlerweile rund 3,7 Mio. Euro angestiegen. Auch unter Berücksichtigung der Kostenerstattungen des Landkreises verbleibt im Bereich der sozialen Sicherung für die Stadt ein jährliches Minus von rd. 300.000,00 Euro.

Im Bereich der Kindertagesstätten verzeichnet die Stadt Lahnstein seit Jahren aufgrund gesetzlicher Anforderungen und höherer Standards rasant steigende Personalkosten. Lagen die Personalkosten für eigenes Personal im Jahr 2012 noch bei rund 280.000,00 Euro, so liegt der Anteil im Haushaltsplan bei rd. 1,4 Mio. €. Das ist eine Steigerung um 500%.

Die vom Land Rheinland-Pfalz geplante Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes würde für die Stadt Lahnstein ein weiteres Minus in Höhe von rd. 245.000,00 € bedeuten.

Trotz aller Bemühungen, wird die Stadt Lahnstein in absehbarer Zeit keinen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft erreichen können. Damit steht Lahnstein jedoch nicht alleine, so geht es vielen Kommunen im Land. Erst kürzlich hat die unabhängige Bertelsmann-Stiftung festgestellt: Die Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kommunen ist trotz allgemein guter Konjunkturlage verheerend. Zudem gibt es laut der Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung eindeutige Hinweise, dass das Land Rheinland-Pfalz den Kommunen ungewöhnlich wenig Geld gebe.

Aus diesem Grund haben sich die politischen Spitzen der Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte, Verbandsgemeinden sowie Ortsgemeinden zusammengetan und fordern das Land auf, die Finanznot der Kommunen zu beenden.

Es war eine historisch einmalige Sitzung zu der kürzlich rund 50 Vertreter/innen aller drei rheinland-pfälzischen kommunalen Spitzenverbände (Landkreistag, Städtetag und Gemeinde- und Städtebund) zusammengekommen sind. Der Grund ist äußerst ernst; immer noch haben 30 % der rheinland-pfälzischen Kommunen einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von rund -273,2 Mio. Euro. Zum gleichen Zeitpunkt kam auch der Innenausschuss des Landtages zusammen, um den heftig umstrittenen Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesfinanzausgleichsgesetz anzuhören.

Die kommunalen Forderungen lauten:

Der Gesetzentwurf soll die künftige Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Kommunen regeln. Er soll vor allem die Landkreise und kreisfreien Städte von steigenden Sozialausgaben entlasten. Tatsächlich aber werden, anstatt deutlich mehr Landesmittel zur Verfügung zu stellen, nur Finanzmittel zulasten der Kreise und Verbandsgemeinden umgeschichtet. Anders als von den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände gefordert, will das Land 2018 keinen Cent zusätzlich in den kommunalen Topf geben. Und auch 2019 sollen zusätzlich nur 60 Mio. Euro aus einem insgesamt 800 Mio. Euro starken Guthaben der Kommunen im Finanzausgleichstopf freigegeben werden. Eigene Landesmittel, wie von den Spitzenverbänden mit einem Betrag von 300 Mio. Euro gefordert, sind wohl eher nicht zu erwarten.

Die Stadt Lahnstein schließt sich wie alle Kreise, Städte, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz den Forderungen der drei Spitzenverbände an und hofft im konstruktiven Dialog mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung auf eine deutliche Nachbesserung des Landes in Sachen Finanzausgleich.

Anlagen:

Präsentation LFAG Städtetag Rheinland-Pfalz

(Peter Labonte)
Oberbürgermeister